



Presseinformation

Nr. 368/2001

Kiel, Freitag 19. Oktober 2001

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Arbeitsmarkt/Frauen/Private Initiativen

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Christel Happach-Kasan, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, MdL

Joachim Behm, MdL

Dr. Heiner Garg, MdL

Günther Hildebrand, MdL

Christel Aschmoneit-Lücke: Gönnen wir unseren Töchtern einen zusätzlichen wertvollen Tag!

In ihrem Beitrag zu **TOP 13** (Daughter's day) sagte die wirtschaftspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Christel Aschmoneit-Lücke**:

„Es erfüllt die Opposition immer mit Freude, wenn Sie dem Regierungslager eins auswaschen kann. Gleichzeitig macht es nachdenklich, denn es zeigt, dass die Regierung ihren eigenen Ansprüchen nicht genügt und den Menschen einen schlechten Dienst erweist.“

So auch hier.

Ich zitiere aus dem rot-grünen Koalitionsvertrag, der ja zumindest offiziell noch gültig ist, oder? Auf Seite 14 heißt es: „Wir wollen eine Ausweitung des Angebots an Ausbildungsplätzen in Berufen der Informations- und Kommunikationstechnologie erreichen und Mädchen und Frauen stärker für technische Berufe gewinnen. ...“

Wir wollen besondere Beschäftigungsinitiativen für Frauen ins Leben rufen.“

Das ist die Theorie. Jetzt ein Beispiel aus der Praxis:

Ein Unternehmen ergreift die Initiative, um Schülerinnen über berufliche Anforderungen und Möglichkeiten im eigenen Unternehmen zu informieren. Es greift dabei eine in den USA weitverbreitete Praxis auf: den Tag der Tochter—daughter's day.

Das Unternehmen veranstaltet einen kleinen Tag der offenen Tür, extra für die Töchter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Töchter sehen nicht nur, wo Mutter oder Vater das tägliche Brot verdient; sie werden auch gezielt über Berufsperspektiven unterrichtet. Und zwar von denjenigen, die den Markt und die Anforderungen bestens kennen.

Praxisbezogener kann man solches Wissen nicht vermitteln.

Was passiert?

Die Schulbehörden verweigern den Töchtern die Teilnahme.

Theorie war Marx, Praxis bleibt Murks.

In fast jeder Tagung reden wir über die Probleme von Frauen im Arbeitsmarkt, nachher besprechen wir sogar einen Bericht genau hierzu. Und wenn es dann vom Reden ans Handeln gehen soll, dann geht rot-grün als erstes die Luft aus.

Frauen sind in vielen Berufen unterrepräsentiert, die langfristig ein vergleichsweise hohes Lebenseinkommen versprechen. Vieles spricht dafür, dass Frauen auch in diesen Berufszweigen genauso leistungsfähig sind wie Männer, denn hohes Einkommen lässt sich heutzutage nur noch sehr, sehr selten mit Muskelkraft verdienen.

Köpfchen und zwischenmenschliches Geschick sind die gefragten Tugenden der Informationsgesellschaft. Und hier stehen Frauen Männern in nichts nach.

Oftmals fehlen Schülerinnen allerdings realistische Informationen über Berufsfelder, die noch überwiegend Männerdomänen sind. Je persönlicher die Information zugeschnitten ist, auf deren Grundlage Menschen eine der wichtigsten Entscheidungen ihres Lebens treffen—nämlich die Entscheidung, womit sie ihren Lebensunterhalt verdienen wollen—desto besser.

Wenn private Unternehmen freiwillig die Initiative ergreifen und Kosten auf sich nehmen, um in ihrem kleinen Bereich solches Wissen zu vermitteln, dann sollte sich die Bürokratie nicht dagegen sperren—schon gar nicht, wenn die Anstrengungen der Unternehmen genau auf der Linie der Regierung liegen.

Wenn die Landesregierung solch' kleine Pflänzchen zertritt, muss sie sich nicht wundern, wenn die Ernte mager bleibt.

Ein vermeintlich gewichtiges Argument gegen den Tag der Tochter wäre der ausfallende Unterricht. Wenn—wie in Schleswig-Holstein—zehn Schuljahre rechnerisch nur noch neun Unterrichtsjahre bedeuten, wiegt zusätzlicher Ausfall schwer.

Aber wir müssen prüfen, was die Kinder dafür bekommen, wenn sie einen Tag Unterricht für den Tag der Tochter opfern. Sie bekommen aus erster Hand Wissen über die Arbeitswelt, das ihnen im Unterricht nicht vermittelt werden kann.

Zusätzliches Wissen, das vielleicht mehr wiegt, als das Wissen, was sie an diesem Tag in der Schule erwerben würden.

Deshalb ist der normale Unterrichtsausfall wegen politisch verursachten Lehrermangels nicht der richtige Maßstab für den Tag der Tochter. Dieser Tag ist den Ausfall wert.

Wir alle wollen Frauen bessere berufliche Chancen ermöglichen.

Hierzu ist Information das Wichtigste, um Schülerinnen bessere Grundlagen für ihre eigene Berufsentscheidung zu geben. Dazu gehören auch Informationen direkt aus dem Arbeitsleben. Wer könnte die besser vermitteln, als potentielle Arbeitgeber vor Ort—sozusagen am potentiellen Arbeitsplatz?

Dieser preiswerten Steigerung der Chancen unserer Töchter sollte die Landesregierung nicht länger im Wege stehen, deshalb bitte ich Sie um Zustimmung.

Machen Sie den Weg frei für einen wertvollen Tag im Leben unserer Töchter.“

Christian Albrecht, Pressesprecher, V.i.S.d.P., FDP Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag,
Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431/9881488 Telefax: 0431/9881497,
E-Mail: fraktion@fdp-sh.de, Internet: <http://www.fdp-sh.de/>